

ternehmen, das diese "drei Kostbarkeiten" anzubieten hat, füllt eine schmerzliche Lücke in der Wirtschaft der VR China, die ja nach wie vor ein Entwicklungsland ist. Wer hier ein-springt, hilft den Chinesen auch, moderne Entwicklungsanstöße zu "absorbieren".

In der Wirtschaftspsychologie der nachmaoistischen Führung ist das bis vor kurzem durchaus nicht selbstverständliche Zugeständnis verankert, daß ein ausländischer Partner zu einem fairen Gewinn kommen soll, falls er seinerseits "freundschaftlich hilft". Diese Do-ut-des-Haltung impliziert, daß der ausländische Partner nicht nur den Willen haben soll, Gewinne zu erzielen, sondern gleichzeitig auch, dem "chinesischen Volk" bei seinen Modernisierungsbemühungen zu unterstützen. Ein Schuß Altruismus und "Hilfsmotivation" zahlt sich, glaubhaft in der täglichen Geschäftspraxis vorgetragen, am Ende ganz sicher aus.

Die VR China braucht die mit Hilfe von Joint Ventures realisierbare C-Lösung und wird sich daher jedem ausländischen Partner erkenntlich zeigen, der für ihre spezifischen Anliegen Verständnis aufbringt.

Anmerkungen:

Die Anmerkungen 1-13 sind bei der Textverarbeitung leider gelöscht worden; der Autor bittet um Verständnis.

- 4a) AWSJ, 13.11.81.
 13a) Abgedruckt in RMRB, 22.10.78.
 13b) XNA, 9.12.81.
 14) CEN, 29.6.81, S.2 f.
 15) So Xin Yi in seiner bereits erwähnten Rede, CEN, 9.11.81, S.3.
 16) CEN, 6.7.81, S.3.
 17) Insofern sind die Ausführungen in CBR, Oktober 1980, S.6, unrichtig.
 18) CBR, August 1981, S.1 f.
 19) Oskar Weggel, "Zum neuen chinesischen Gesetz über Gemeinschaftsunternehmen mit ausländischen Partnern: wenig Antworten - viele Fragen", C.a., Juli 1979, S.771-798, und Eckard Garms, "Das Schindler-Joint-Venture mit Gewinngarantie", C.a., August 1980, S.672-676.
 20) Im einzelnen dazu Oskar Weggel, "Im Dickicht der chinesischen Außenhandelsorganisationen", April 1981, S.258-271 (261 ff.).
 21) Z.B. XNA, 27.6.80.
 22) XNA, 27.6.80.
 23) CEN, 5.10.81, S.5.
 24) Näheres dazu Oskar Weggel, "Dickicht...", a.a.O., S.262 f.
 25) Z.B. XNA, 19.7.80.
 26) XNA, 19.7.80, und BRu 1980, Nr.2, S.7.
 27) CEN, 7.9.81, S.8.
 28) CEN, 14.9.81, S.2.
 29) CEN, 26.10.81, S.5.
 30) CEN, 7.12.81, S.3.
 31) China Business Report, September 1981.
 32) BRu 1981, Nr.51, S.6-39 (25).

ERHARD LOUVEN

Die vierte Tagung des

V.Nationalen Volkskon-

gresses: Die Regulierung der

Wirtschaft wird fortgesetzt

*
*
*
*
*

1. Vorbemerkung

Vom 30.November bis zum 13.Dezember fand in der Großen Volkskongreßhalle in Beijing die vierte Tagung des V.Nationalen Volkskongresses (NVK) statt. An der Eröffnungstagung nahmen insgesamt 3.154 Abgeordnete teil. Zwei Tage vor der Eröffnung des NVK war unter dem Vorsitz von Deng Xiaoping in Beijing die vierte Tagung des V.Landeskomitees der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes eröffnet worden. Die 2054 zur Politischen Konsultativkonferenz entsandten Delegierten nahmen auch an der vierten Tagung des V.NVK teil.

Während auf der dritten Tagung des V.NVK, die im September 1980 stattfand, neben dem Wechsel im Amt des Ministerpräsidenten Probleme der Überwindung des Bürokratismus allgemein und die verschiedenen Erscheinungsformen des Bürokratismus im Verwaltungssystem des Staates sowie die Ursachen ihrer Entstehung im Vordergrund standen (1), befaßten sich sowohl die Politische Konsultativkonferenz als auch der NVK fast ausschließlich mit Problemen der gegenwärtigen Wirtschaftslage und der künftigen Wirtschaftsstruktur Chinas (2). Neben dem ausführlichen Bericht des Ministerpräsidenten standen auf der Tagesordnung des NVK (3)

- Bericht über die Staatseinnahmen und -ausgaben 1980 und den Haushaltsplan 1981;
- Erläuterungen zum Vorschlag über die Fristverlängerung zur Vollendung der Verfassungsänderung;
- Bericht über die Tätigkeit des Ständigen Ausschusses des NVK und Erläuterungen zum Wirtschaftsvertragsgesetz, dem Gesetz über die Einkommenssteuer für ausländische Unternehmen und dem Entwurf der Zivilprozeßordnung;
- Bericht über die Tätigkeit des Obersten Volksgerichts;
- Bericht über die Tätigkeit der Obersten Volksstaatsanwaltschaft;
- Antrag des Staatsrats über die Einleitung einer landesweiten freiwilligen Aufforstung im ganzen Land;
- Wahlen.

Im folgenden sollen, entsprechend dem Schwerpunktthema des NVK, vor allem die erörterten wirtschaftlichen Probleme des Landes dargestellt und kommentiert werden.

2. Die Lage der Wirtschaft

2.1. Zur sektoralen Struktur der Wirtschaft

Im Juni 1979 hatte der Staatsrat auf der zweiten Tagung des V.NVK vorgeschlagen, die "Regulierung, Umgestaltung, Ausrichtung und Niveauhebung" (tiaozheng, gaige, zhengdun, tigao) der Volkswirtschaft in drei Jahren erfolgreich abzuschließen. Inzwischen habe sich herausgestellt - so Zhao Ziyang in seinem Bericht -, daß die Wirtschaftsregulierung viel umfangreicher als ursprünglich angenommen sei. Der Staatsrat halte es deshalb für notwendig, die Richtlinie Wirtschaftsregulierung für mindestens weitere fünf Jahre beizubehalten (4). Diese Erkenntnis hatte der Staatsrat schon im Oktober und November 1980 gewonnen, als er die Wirtschaftsarbeit diskutierte. Anschließend daran - im Dezember 1980 - hatte das Zentralkomitee eine Arbeitssitzung abgehalten, auf der die Entscheidung gefallen war, mit der Regulierung der Wirtschaft fortzufahren.

Die seit Beginn dieses Jahres durchgeführten Notstandsmaßnahmen der Regierungen aller Ebenen habe zu merklichen Erfolgen geführt. "Der Volkswirtschaftsplan für 1981 kann erfolgreich erfüllt und das Ziel der Stabilisierung der Wirtschaft im wesentlichen erreicht werden" (5). Der Bruttoproduktionswert von Industrie und Landwirtschaft wird gegenüber 1980 um 3% steigen. Gegenüber dem jeweiligen Vergleichszeitraum des Vorjahres sank der Bruttoproduktionswert der Industrie zunächst im 1.Quartal um 0,2%, stieg im 2.Quartal um 1,7%, im 3. um 3% und im Oktober um 10,6% (6). Inzwischen teilte das Staatliche Statistische Amt mit, daß der Bruttoproduktionswert der Industrie im Jahre 1981 519 Mrd.Yuan betragen habe oder 4% mehr als 1980

(6a). Die Verlagerung des Produktionsschwerpunkts auf Konsumgüter des täglichen Bedarfs hat zu einer erheblichen Steigerung der leichtindustriellen Produktion geführt, gegenüber 1980 wird sie um ca. 12% steigen. Der Produktionswert der Schwerindustrie wird hingegen gegenüber der Vergleichsperiode um ca. 5% zurückgehen. Zhao Ziyang nennt als Hauptgründe dafür, daß einige Betriebe der Schwerindustrie ihre Überproduktion, die viel Energie verbrauchte und zu nicht absetzbaren Lagerbeständen führte, eingestellt und die so freigesetzten Kapazitäten zur Herstellung leichtindustrieller Produkte genutzt hätten. Wegen der umfassenden Reduzierung der Anlagen-Investitionen mußten andere Schwerindustriebetriebe die Produktion zurücknehmen. Bei der Umstellung der schwerindustriellen Produktion gab es Schwierigkeiten. Die zu späte Umstellung mancher Betriebe auf andere Erzeugnisse resultierte zunächst in einem unplanmäßigen Rückgang der Produktion. Die Veränderung der Versorgungsrichtung der Schwerindustrie, die Hinwendung zur "Dienstleistungsfunktion", führte dann zu ersten Erfolgen, insofern als Konsum- und Exportgüter hergestellt wurden. Im letzten Quartal dieses Jahres sei dann die Produktion wieder angestiegen (7).

Die von Zhao Ziyang vorgetragene Erklärung zum un stetigen Wachstumsverlauf der Schwerindustrie läßt indes die wirklichen Hintergründe nur unvollständig erkennen. Offenbar waren sehr schnell Engpässe bei der Lieferung von Produktionsmitteln für die besonders favorisierte Leichtindustrie aufgetreten, so daß die Produktion der Schwerindustrie wieder angekurbelt werden mußte. Auch die Engpaßsektoren Kohle-, Erdöl- und Kraftwerksindustrie sowie der Verkehrssektor benötigen weiterhin in nicht unbeträchtlichem Umfang Zulieferungen der Schwerindustrie. Außerdem sollen viele der in den 1950er Jahren importierten Ausrüstungen der Industrie aus der eigenen Produktion ersetzt werden (8).

Nach Zhao ist die Reduzierung der Anlageinvestitionen ein wichtiger Teil der Regulierungsarbeit des Jahres 1981. Im Februar dieses Jahres wurde bei der Abänderung des Volkswirtschaftsplanes das Volumen der Anlageinvestitionen auf 30 Mrd.Yuan reduziert, um dann später wieder um 8 Mrd.Yuan aufgestockt zu werden. Von diesen 8 Mrd.Yuan wurden 3,5 Mrd.Yuan für den Wohnungsbau verwendet; die restliche Summe ging in die Vergrößerung der Konsumgüter-Produktionskapazitäten und in die Erweiterung des Ausbaus von Ölfeldern und des Verkehrswesens oder wurde für importierte Aufbauprojekte verwendet, die wiederaufgenommen werden mußten.

2.2. Produktionsergebnisse

Nach Angaben Zhaos kann sich die die Getreideproduktion dem Niveau des Jahres 1979 (rd. 332 Mio.t) annähern. Das wäre das zweithöchste Erntergebnis seit Gründung der Volksrepublik. Angesichts der Dürreperioden im Frühjahr und der schweren Überschwemmungen im Herbst in

wichtigen Getreideanbauprovinzen scheint Skepsis gegenüber den verkündeten Ergebnissen angebracht. Die Baumwollproduktion übertraf sogar das Rekordergebnis des vergangenen Jahres. Gegenüber 1980 nahm die Produktion von Ölpflanzen um 17%, die Produktion von Zucker um 10% zu. Auch in der Forstwirtschaft, der Viehzucht und der Fischerei wurden neue Erfolge erzielt. Bei der Produktion von langlebigen Konsumgütern wirkte sich die Bevorzugung der Leichtindustrie aus. Um einige Dutzend oder um mehrere Hundert Prozent wurde die Produktion von Armbanduhrn, Fahrrädern, Nähmaschinen, Fernsehapparaten, Waschmaschinen, Ventilatoren usw. erhöht. Bei anderen wichtigen Produkten, wie z.B. Baumwollgarn und -stoffe, Chemiefasern, Papier und Zigaretten, ist nur davon die Rede, daß der Plan erfüllt oder übererfüllt werden wird (9), was noch keine Aussage über Wachstumsraten bedeutet.

Die bereits genannten zusätzlichen 3,5 Mrd.Yuan für den Wohnungsbau führten offenbar zu erheblichen Verbesserungen in diesem Bereich. Die gesamte Baufläche der fertiggestellten neuen Wohnhäuser auf dem Lande in den letzten drei Jahren betrug nach chinesischen Statistiken 900 Mio.qm. Davon entfielen auf Arbeiter und Angestellte in Städten und Kleinstädten 80 Mio.qm Wohnraum. Die Verbesserung der Wohnraumsituation pro Kopf der Bevölkerung wird nicht quantifiziert. Es heißt lediglich, es stehe mehr Wohnfläche zur Verfügung als 1970; die Wohnbedingungen der Stadtbewohner hätten sich verbessert (10).

2.3. Landwirtschaftliche Probleme

Die Teilprivatisierung in der Landwirtschaft scheint sich, zumindest was die Produktionsergebnisse angeht, positiv ausgewirkt zu haben. Der Bruttoproduktionswert der Landwirtschaft wird 1981 im Vergleich zum Vorjahr schätzungsweise vier Prozent steigen (11). Materielle Anreize führten wohl dazu, daß sich das häusliche Nebengewerbe der Kommunemitglieder schneller entwickelte als die Betriebe der Kommunen, Produktionsbrigaden und -gruppen. 1979 belief sich die Zahl der Produktionsbrigaden, in denen die durchschnittliche Kollektivverteilung pro Kopf mehr als 300 Yuan betrug, nur 1.622; 1980 war die Zahl auf 5.569 gestiegen. Für das Jahr 1981 erwartet der Ministerpräsident eine noch stärkere Zunahme als im Vorjahr (12).

2.4. Binnen- und Außenhandel

Der "gesellschaftliche Einzelhandelsumsatz" wird 1981 voraussichtlich um ca. 9% gegenüber dem vorangegangenen Jahr steigen. Offensichtlich scheint es nicht ganz gelungen zu sein, bedarfsgerecht zu produzieren. Nach Zhao war, um die Lücke zwischen Angebot und Kaufkraft zu schließen, ursprünglich vorgesehen, in diesem Jahr Lagerwaren im Wert von einigen Mrd.Yuan einzusetzen. Dies konnte jedoch nicht realisiert werden, denn die Warenbestände nahmen um 10 Mrd.Yuan zu. Wiederum werden keine quantitativen Angaben zur Entwicklung des kollektiveigenen

und privaten Handels im Gegensatz zum staatlichen Handel gemacht. Es heißt lediglich, der kollektive und private Sektor habe eine Komplementärfunktion erfüllt und sich verhältnismäßig schnell entwickelt. Nur vage Angaben werden auch zum Außenhandel gemacht. Im Vergleich zum Vorjahr (56,3 Mrd.Yuan) werde es eine große Ausweitung des Außenhandelsvolumens geben (13). Bei Gemeinschaftsunternehmen, im Kompensationshandel, bei der Weiterverarbeitung gelieferter Materialien sowie beim Import moderner Technologien seien merkliche Fortschritte erzielt worden (14).

2.5. Haushaltspolitik

Eine herausragende Rolle im Bericht des Ministerpräsidenten nimmt die Haushaltspolitik ein. Die chinesische Führung ist sich offenbar bewußt geworden, welche negativen Wirkungen - z.B. Inflation - ein hohes Finanzdefizit haben kann. Das Defizit im Staatshaushalt ging von 17 Mrd.Yuan im Jahre 1979 auf 12,75 Mrd. im Jahre 1980 zurück. In seinem Bericht über die Staatseinnahmen und -ausgaben für das Jahr 1980 und die Erfüllung des Haushaltsbudgets für 1981 (15) machte Finanzminister Wang Bingqian detaillierte Angaben über die Staatsfinanzen des Jahres 1980 (vgl. dazu Tabelle 1).

Über die staatlichen Ausgaben und Einnahmenverluste in der Periode von 1979 bis 1981 gibt Tabelle 2 Auskunft. Die gesamten Ausgaben und Einnahmenverluste addieren sich zu 92,5 Mrd.Yuan, das sind nach Zhao Ziyang 54% mehr als die planmäßig vorgesehenen 60 Mrd.Yuan. Das Finanzdefizit von 12,75 Mrd.Yuan des Jahres 1980 wurde zu 8 Mrd.Yuan durch Bankkredite und zu 4,75 Mrd.Yuan durch im Jahre 1981 begebene Staatsanleihen gedeckt. Die Bankkredite und die Ausgabe zusätzlicher Banknoten führten zu inflationären Erscheinungen (16).

Für das Jahr 1981 wird ein Finanzdefizit von 2,72 Mrd.Yuan erwartet (vgl. dazu Tabelle 1). Trotz der im Februar dieses Jahres durch Yao Yilin, einem stellvertretenden Ministerpräsidenten, verkündeten Revision des ursprünglich höher angesetzten Budgets ist es nicht gelungen, die Staatseinnahmen und -ausgaben in diesem Jahre auszugleichen. Immerhin wurden die Staatseinnahmen damals richtig vorausgeschätzt; der Ansatz betrug 105,66 Mrd.Yuan, wird also aller Voraussicht nach sogar überschritten werden. Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist, daß es nun offenbar einen funktionierenden Finanzausgleich zwischen der Zentrale und den Provinzen gibt. Nach dem Budgetansatz für 1981 sollte es bei der Zentrale ein Defizit von acht Mrd.Yuan geben. Da bei den Provinzen und untergeordneten Einheiten ein Überschuß bestand, wurden sie aufgefordert, sieben Mrd.Yuan oder mehr der Zentrale zu leihen. Nach Wang Bingqian sind fast alle Regierungen auf den verschiedenen Ebenen dieser Aufforderung nachgekommen (17). Aufgrund des geringeren Finanzdefizits in diesem Jahr kann die Geldemission durch die Volksbank eingeschränkt werden. Nur ein geringer

Tabelle 1: Staatseinnahmen und -ausgaben 1980 und 1981*

(in Mrd.Yuan)		
	1980	1981
Staatseinnahmen		
Inländische Staatseinnahmen	104,22	97,86
darunter:		
Gewinne aus staatseig. Betrieben	43,52	34,72
Steuereinnahmen	57,17	60,90
Auslandskredite	4,30	8,00
Gesamte Staatseinnahmen	108,52	105,86
Staatsausgaben		
Inländische Staatsausgaben	113,97	100,58
darunter:		
wirtschaftlicher Aufbau	34,64	25,06
techn. Umgestaltung und		
Versuchsproduktionen	8,05	5,83
Umlauffonds	3,67	
Finanzhilfe für Volkskommunen		
u.a. landwirt. Unternehmen	8,21	7,30
Kultur, Erziehung, Gesundheit		
und Wissenschaft	15,63	17,00
Verteidigung	19,38	16,87
Verwaltung	6,68	7,24
Auslandskredite für wirtschaftlichen Aufbau	7,30	8,00
Gesamte Staatsausgaben	121,27	108,58

Quelle: XNA, 15.12.1981

* geschätzt.

Tabelle 2: Staatliche Ausgaben und Einnahmeverluste 1979-1981
(in Mrd.Yuan)

	1979	1980	1981
Erhöhung der Ankaufspreise für landwirtschaftl. u. Nebenerwerbsprodukte	8,3	16,8	
Ermäßigung oder Rückzahlung von Landwirtschaftssteuern	2,0	2,5	22,5
Lohnerhöhungen für Arbeiter und Schaffung von Arbeitsplätzen	7,5	14,0	19,0
Insgesamt *)	18,0	33,0	41,5

Quellen: BRU, Nr.51, 22.12.1981, S.11; XNA, 15.12.1981.

*) gerundet.

Teil des Geldes wird für "fiskalische Zwecke" benötigt, der größere Teil dient normalen wirtschaftlichen Zwecken, d.h. der Alimentation der erweiterten Produktion.

2.6. Preis- und Verteilungspolitik

Nach Aussagen des Finanzministers seien die Preise im Vergleich zu 1980 in diesem Jahre nur mit einer geringeren Marge gestiegen; die Preise für Güter des täglichen Bedarfs seien stabil. Lediglich die Preise einiger Güter seien gestiegen (18). Offensichtlich hat die Frage der Preissteigerungen größere Beunruhigung ausgelöst, denn nicht wenige Delegierte griffen dieses Thema auf. Nach Liu Zhoufu, dem Direktor der staatlichen Verwaltung für Warenpreise, betrug der Anstieg der Einzelhandelspreise von Januar bis September 1981, verglichen mit der Vorjahrsperiode, nur 1,1%. Die Listenpreise der staatlichen Unternehmen seien nur um 0,9%, die Verhandlungspreise um 1,6% und die Preise auf den freien Märkten um 5,3% gestiegen. Insgesamt würden die Preise in diesem Jahr, einschließlich der Preise für Zigaretten und Spirituosen, nur um etwa 2% steigen (19).

Das von Liu Zhuofu gezeichnete optimistische Bild erschien durch mehrere Diskussionsbeiträge anderer Delegierter indes in einem anderen Licht. Auf den Hinweis einiger Delegierter, daß die Menschen in Beijing sich gegen Preiserhöhungen verschiedener Güter gewandt hätten, erklärte Jia Tingsan, der Vorsitzende des Ständigen Ausschusses des Volkskongresses der Stadt Beijing, daß die Preise von Bambus und Erzeugnissen aus Holz, gläsernen Einsätzen von Thermosflaschen, Porzellan und eisernen Bratpfannen erhöht worden seien. Aufgrund staatlicher Anordnungen sei der Preis von Holz im letzten Jahr um 51% (durchschnittlich 66 Yuan pro qm) und von Rohrbambus um mehr als 30% gestiegen. Die Subventionen, die die Stadt Beijing für Güter des täglichen Bedarfs ausbebe, habe eine Summe von 470 Mio.Yuan jährlich erreicht. Andere Provinzen hätten die Preise für die genannten Güter bereits früher erhöht. Dadurch sei es zu regionalen Preisdifferenzen gekommen. Wie Jia Tingsan mitteilte, würden in Beijing jährlich 700.000 Waschbretter produziert; die meisten davon würden von Leuten aus anderen Gegenden aufgekauft, so daß die Einwohner Beijings Schwierigkeiten hät-

ten, Waschbretter zu kaufen. Sogar Leute aus Holzproduzierenden Gegenden seien nach Beijing gekommen, um Waschbretter aufzukaufen und später mit Gewinn weiterzuverkaufen (20).

Zhang Jingfu, der Erste Sekretär des Parteikomitees der Provinz Anhui, berichtete dem NVK, daß es in acht Städten der Provinz zu Versorgungsengpässen bei Gemüse und zu entsprechenden Preiserhöhungen gekommen sei. Ein Grund dafür sei, daß die Bauern es vorzögen, das profitablere Getreide anzubauen und sich im Vergleich zum Gemüseanbau mit einkommensträchtigeren Nebenerwerbstätigkeiten zu befassen. Hinzu komme, daß gewisse Parzellen für den Gemüseanbau für andere Projekte beansprucht würden (21). Auch drei Delegierte aus Shaanxi beklagten sich darüber, daß das Angebot an Gemüse in den staatlichen Läden in bezug auf Menge und Auswahl unzureichend sei und daß die Preise auf den freien Bauernmärkten zu hoch seien. Einige Delegierte aus der Provinz Hebei forderten Maßnahmen, um jene Profiteure zu stoppen, die große Mengen von Gemüse in staatlichen Läden aufkauften und sie zu sehr viel höheren Preisen verkauften (22).

Der bekannte Ökonom Xu Dixin, stellvertretender Präsident der Chinesischen Akademie für Sozialwissenschaften, analysierte auf dem NVK die Preissteigerungen und nannte als Hauptgrund, daß die Zunahme der Kaufkraft nicht mit dem Angebot an Konsumgütern habe Schritt halten können. Auch die freien Märkte hätten ganz gewiß zu den Preissteigerungen beigetragen. Nach Xu seien die Einkommen der Bauern in den letzten beiden Jahren durchschnittlich um mehr als 17% gestiegen. Gleichzeitig seien auch die Einkommen der Arbeiter gestiegen. Während der letzten zwei Jahre sei der jährliche Konsum pro Kopf um 25 Yuan gestiegen - durchschnittlich um 13%. Auch nach einem Abzug für die Inflation sei der Güterverbrauch pro Kopf um jährlich durchschnittlich 17 Yuan gestiegen. Diese Zahlen zeigten den Anstieg der Kaufkraft (23).

Nach Zhao Ziyang habe es in der Zeit von 1979 bis 1981 neben der bereits erwähnten Umverteilung des Nationaleinkommens (vgl. Tabelle 2) zusätzlich staatliche Subventionen für landwirtschaftlich genutztes Dieselöl und landwirtschaftlich genutzten Strom, für Landmaschinen, Kunstdünger, zivil genutzte Kohle, Importe von Lebensmitteln, Baumwolle und Zucker in Höhe von 23,4 Mrd.Yuan gegeben. Die Konsumquote sei von 63,5% im Jahre 1978 auf rd. 70% im Jahre 1981 gestiegen, was die große Disproportionalität zwischen Akkumulation und Konsumtion bereits beachtlich verringert habe (24).

3. Richtlinien für die Weiterentwicklung der Wirtschaft

Ausgehend von der Erkenntnis, daß das Wachstum des Nationaleinkommens in den vergangenen 32 Jahren erheblich unter dem des Bruttoproduktionswertes von Industrie und Landwirtschaft lag und daß die Erhöhung des Lebensstandards hinter der des Na-

tionaleinkommens zurückblieb, daß also - zusammenfassend - die Effizienz des Wirtschaftsaufbaus nicht zufriedenstellend gewesen sei, sind nach Zhao Ziyang die folgenden zehn Richtlinien durchzuführen. Sie konkretisieren die Richtlinie "Regulierung, Umgestaltung, Ausrichtung und Niveauehebung" (25).

- 1. Gestützt auf eine richtige Politik und die Wissenschaft die Landwirtschaft beschleunigt entwickeln.

In den kommenden Jahren werden die staatlichen Investitionen für die Landwirtschaft allmählich erhöht werden, doch im großem Maße wird dies nicht möglich sein. Das ist ein Hinweis darauf, daß eine grundlegende Veränderung der sektoralen Struktur der Wirtschaft nicht geplant ist. Hinsichtlich der Ordnungspolitik soll, entsprechend den Wünschen der Bauern, einerseits an der sozialistischen Kollektivierung der Landwirtschaft sowie am Gemeineigentum an den grundlegenden Produktionsmitteln festgehalten werden, andererseits jedoch ein Abbau der Überkonzentrierung der Macht im Verwaltungssystem, der blinden Kommandiererei in der Produktion, der Gleichmacherei bei der Verteilung und der ungerechten Belastungen stattfinden.

Um den Widerspruch zwischen der großen Bevölkerung und dem unzureichenden Ackerboden zu lösen, ist eine rationelle Bodennutzung anzustreben. Die Produktion soll in Tiefe und Breite vorangebracht werden, diversifizierte Bewirtschaftung und häusliche Nebengewerbe sind zu entwickeln. Standortvorteile müssen genutzt werden. So soll in den Vororten der Städte hauptsächlich Gemüse angebaut werden; die Anbaufläche dafür müsse garantiert werden. Die Wissenschaft soll in allen Bereichen der Landwirtschaft eine wichtige Rolle spielen. Klar erkannt worden sind ökologische Gefahren in der Wasser- und Forstwirtschaft. Um der Boden-erosion zu begegnen und das ökologische Gleichgewicht nicht aus den Fugen geraten zu lassen, müssen Maßnahmen gegen beliebiges Waldabholzen getroffen werden. Ländliche Gebiete, denen es an Brennstoff mangelt, müssen Brennholz-Wälder anlegen. In einer großangelegten Kampagne sollen Milliarden von Bäumen gepflanzt werden. Wenn rund 600 Mio. Chinesen jedes Jahr drei bis fünf Bäume pflanzen, wären dies zwei bis drei Mrd. Bäume. Gegenwärtig macht das baumbewachsene Areal nur 12,7% der gesamten Fläche aus. Die Waldfläche solle aber auf mehr als 20% ausgeweitet werden (25a). An den Oberläufen des Huanghe, des Changjiang und der anderen Flüsse sollen großzügige Baum- und Grasflächen angelegt werden, um Wasser und Boden zu erhalten.

- 2. Der Entwicklung der Konsumgüterindustrie Vorrang einräumen, die Dienstleistungsfunktion der Schwerindustrie weiter regulieren.

Im Unterschied zur Vergangenheit wird der Konsumgüterindustrie nun eine Leitfunktion zugeschrieben. Die beschleunigte Entwicklung der Konsumgüterindustrie wird die Entwicklung der Schwerindustrie fördern.

Konsequenterweise wird die "Dienstleistungsrichtung" der Schwerindustrie betont; die Schwerindustrie soll besser als zuvor der Landwirtschaft und Konsumgüterindustrie, der technischen Umgestaltung der Volkswirtschaft sowie dem Export und der Modernisierung der Landesverteidigung dienstbar gemacht werden (26). Als Vorbilder für die Weiterentwicklung der Konsumgüterindustrie werden alte Industriebasen wie Shanghai und Tianjin genannt.

In Verbindung mit den fehlgeschlagenen Projekten der Vergangenheit (27) spricht der Ministerpräsident die Mahnung aus, bei der Entwicklung der Schwerindustrie den Vorbereitungsarbeiten große Beachtung zu schenken. Das gelte für die Untersuchung und Vermessung der Energiequellen und Bodenschätze sowie deren Erschließungsprojektierung, die wissenschaftliche Forschung bei neuen Produkten ebenso wie für technische Versuche, Technologiekonstruktion, Ausbildung von Fachpersonal, technische Umgestaltung und Erneuerung von Anlagen usw.

- 3. Die Nutzung der Energiequellen erhöhen, den Aufbau der Energieindustrie und des Verkehrs- und Transportwesens intensivieren.

Das mit einer Energie-Einheit geschaffene Nationaleinkommen liegt in China erheblich unter dem anderer Länder, ja sogar unter dem Wert, der früher schon einmal erreicht war. Daher ist die Einsparung von Energie vorrangig. Der reduzierte Verbrauch der letzten Jahre sei auf die Umstrukturierung zugunsten der Leichtindustrie zurückzuführen. Nur wenig Fortschritte habe es bei der Verbesserung der Betriebsführung gegeben; in diesem Bereich sollen deshalb besonders strenge Anforderungen gestellt werden.

Öl soll nach einem Beschluß des Staatsrates in den kommenden zehn Jahren allmählich durch Kohle ersetzt werden. Das Erdöl soll im Inland weiterverarbeitet oder exportiert werden; die so erzielten Einnahmen sollen dem Aufbau der Energieindustrie, und zwar auch der Erschließung neuer Ölfelder, sowie dem Transportsektor zugute kommen. Die Bruttoproduktion von Öl soll auf 100 Mio.t jährlich stabilisiert werden. Zhao dementierte ausdrücklich die Behauptung, daß China von einem Ölexporteur zu einem Ölimporteur werden würde. Da der jetzt im Vergleich zu entwickelten Industrieländern aus dem Rohöl geschaffene Wert niedrig sei, müssen große Anstrengungen unternommen werden, die vorhandenen Weiterverarbeitungsanlagen zu verbessern. Die Aufbauinvestitionen der Zentralregierung werden für mehrere Jahre lang vor allem in den Transportsektor geleitet.

- 4. Die technische Umgestaltung schwerpunktmäßig und schrittweise voranbringen, die vorhandenen Betriebe voll nutzen.

Das Wachstum der chinesischen Wirtschaft basierte früher vorwiegend auf der Errichtung neuer Produktionsanlagen, war also quantitativ orientiert. Die nun durchzuführende technische

Umgestaltung soll zu einem mehr qualitativ orientierten Wachstum führen. Dabei soll die Faktorausstattung Chinas berücksichtigt werden; es wird nicht möglich sein, auf allen Gebieten modernste Technologien einzusetzen und einseitig die Automatisierung anzustreben. In enger Verbindung mit der Erhöhung der wirtschaftlichen Effizienz soll die technische Umgestaltung unter Beachtung dreier Aufgaben durchgeführt werden:

- Einsparung von Energie und Rohstoffen, Senkung der Produktionskosten;
- Reform des Gütersortiments;
- rationelle Ressourcennutzung und Verbesserung der Mehrzwecknutzung.

Um die Modernisierung der Produktionsmittel voranzutreiben, sollen die Abschreibungsperioden für das Anlagekapital verkürzt werden.

- 5. Die allseitige Ausrichtung und notwendige Reorganisierung der Betriebe gruppenweise durchführen.

Vier Aspekte sind in diesem Bereich besonders zu beachten:

- Das wirtschaftliche Verantwortungssystem muß geordnet und vervollkommen werden.
- Die Arbeitsorganisation ist auszurichten, die Produktion nach festgesetzten Arbeiter- und Produktionsquoten zu organisieren.
- Die Arbeitsdisziplin muß verbessert werden.
- Finanzdisziplin und Rechnungsführung müssen vervollkommen und die Finanzkontrolle verstärkt werden.

Das wirtschaftliche Verantwortungssystem soll planmäßig und schrittweise eingeführt und verbessert werden. Dazu sind etwa 300 besonders wichtige Betriebe als erste Gruppe ausgewählt worden. Die Ausrichtung soll in etwa einem halben Jahr beendet sein; im Anschluß daran werden die Erfahrungen zusammengefaßt und die nächste Gruppe ausgerichtet. Diese Arbeit ist prinzipiell den Parteiorganisationen der Betriebe übertragen worden. Ferner hat der Staatsrat die zuständigen Abteilungen damit beauftragt, Normen für die Errichtung von Fabriken und Produkten auszuarbeiten sowie Minimalanforderungen an Produktionsquoten, Güterqualität und Materialverbrauch festzulegen.

- 6. Mehr Einnahmequellen erschließen, Geldmittel akkumulieren und nutzen, mehr Mittel für den Aufbau bereitstellen und einsparen.

Zhao Ziyang stellt fest, daß die Umlaufmittel die zulässige Höhe bei weitem überschritten haben. Eine Beschleunigung der Zirkulation um zwei bis drei Prozent würde eine Einsparung von sieben bis zehn Mrd. Yuan bedeuten. Logischerweise wird eine Verkürzung der Bauzeiten für viele große und mittlere Projekte gefordert. Zur Herstellung des Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben wird eine Reform des Steuersystems gefordert, das Tabak- und Spirituosenmonopol soll wieder hergestellt werden. Ein Teil der Guthaben und Spareinlagen der örtlichen Behörden, Betriebe und Privatpersonen soll als Aufbaufonds genutzt werden. Die nicht über den Staatshaushalt gehenden

den Geldmittel werden sich durch die Belegung der Wirtschaft und die Erweiterung der Finanzbefugnisse der örtlichen Behörden und Betriebe allmählich erhöhen. Gegenwärtig betragen sie ca. 50% der Einnahmen des Staatshaushalts.

- 7. An der Politik der offenen Tür festhalten, das Vertrauen auf die eigene Kraft verstärken.

Im Bereich des Außenhandels hat Nüchternheit Platz gegriffen. Die häufig anzutreffende Interdependenz von Importen und Exporten wird anerkannt. Bei manchen Produkten könnten Importe einer Ausweitung der Exporte dienen. Vom Weltmarkt können positive Wirkungen auf die heimische Wirtschaftsorganisation ausgehen. Die Betriebsführung und Verwaltung könne verbessert, die Sortimente könnten erweitert, die Qualität erhöht, die Selbstkosten gesenkt und die wirtschaftliche Effizienz angehoben werden. Es soll danach gestrebt werden, die Wachstumsrate der Exporte ständig über der der Volkswirtschaft zu halten. Gegen Auslandskredite gibt es keine Bedenken mehr. Der Umfang der Kredite soll jedoch nicht durch subjektive Wünsche bestimmt werden, sondern sich nach Rückzahlungsfähigkeit richten sowie der Fähigkeit, die mittels der Kredite transferierten Technologien absorbieren zu können.

- 8. Das Wirtschaftssystem aktiv und sicher reformieren, die Initiative aller Sektoren effektiv zur Geltung bringen.

Die Wirtschaft soll mit Hilfe ökonomischer Hebel, mit wirtschaftlichen Gesetzen und Regeln verwaltet werden. Grundlegende Wirtschaftsformen bleiben die volkseigene und die Kollektivwirtschaft, die "Einzelwirtschaft der Werktätigen" - also kleine Privatbetriebe - wird in einem bestimmten Umfang als notwendige Ergänzung für die gemeineigene Wirtschaft ausdrücklich anerkannt. Zur besseren wirtschaftlichen Kooperation werden Branchen-Organisationen eingerichtet. Das geschlossene Warenzirkulationssystem mit wenigen Kanälen und vielen Stationen wird durch einen offenen Markt für die Warenzirkulation mit vielen Kanälen und wenigen Stationen ersetzt. Mehrere Wirtschaftszentren mit mittleren und Großstädten als Schwerpunkte werden gegründet. Entsprechend den unterschiedlichen Eigentumsformen, der Bedeutung der Produkte und entsprechend den Sortimenten und Spezifikationen werden verschiedene Verwaltungsmethoden eingeführt, die nach vier Kategorien unterteilt werden können:

- Die Produktion nach den Direktiven der Staatspläne. Dies betrifft die wichtigsten Betriebe der Wirtschaft und die wichtigsten Produkte für die Lebenshaltung. Die Betriebe erbringen den größten Teil des Bruttoproduktionswerts von Industrie und Landwirtschaft.

- Die Produktion entsprechend der Marktnachfrage im vom Staatsrat zugelassenen Rahmen. Hierunter fallen zahlreiche Warenarten, die von vielen kleinen oder Privatbetrieben hergestellt werden.

- Die Produktion größtenteils nach dem Staatsplan, zu einem kleinen Teil eigenverantwortlich durch die Betriebe.

- Die Produktion größtenteils entsprechend den Veränderungen des Marktes und nur zu einem kleinen Teil nach dem Staatsplan.

Nach Zhao Ziyang unterscheidet sich ein solches Verwaltungssystem von der früheren rigiden Kontrolle (innerhalb - so kann man hinzufügen - der sozialistischen Planwirtschaft), aber noch mehr von der kapitalistischen Marktwirtschaft. Ob hier tatsächlich "der dritte Weg" zwischen den Extremtypen der Wirtschaft gefunden werden kann, wird die Zukunft erweisen.

- 9. Das wissenschaftliche und kulturelle Niveau der Werktätigen erhöhen und starke Kräfte zur Lösung von wichtigen wissenschaftlichen Forschungsprojekten organisieren.

Tenor der neunten Richtlinie ist die stärkere Ausrichtung von Bildung und Wissenschaft auf die Probleme der Praxis und der wirtschaftlichen Entwicklung. - Für den Bereich der Mittelschulbildung wird festgestellt, daß es zu wenige Berufsschulen gibt. Konsequenterweise wird ihr Ausbau gefordert. Durch Untersuchungen soll eine Reihe von wissenschaftlichen Forschungsprojekten ausgewählt werden, die für die Volkswirtschaft von Bedeutung sind. Genannt werden aus dem landwirtschaftlichen Bereich Sorten-Züchtung, Bodenmelioration, Wasser- und Bodenerhaltung, Pflanzenschutz und neue Pflanzenschutzmittel. Im Engpaßbereich Energie soll über Techniken zur Einsparung und besseren Nutzung von Energie allgemein und über die komplexe Verwendung (Weiterverarbeitung) von Kohle und Erdöl geforscht werden.

- 10. Alles für das Volk; Produktion, Aufbau und Leben der Bevölkerung umfassend planen.

In der letzten Richtlinie betont der Ministerpräsident die gleichgewichtige Entwicklung. Klar wird die wichtige Rolle des Bevölkerungswachstums erkannt. Die Zukunftsalternative lautet: Entweder das Bevölkerungswachstum strikt und wirksam kontrollieren, um den Lebensstandard der Bevölkerung erhöhen und den Aufbau des Landes ausweiten zu können, oder dem Bevölkerungswachstum freien Lauf lassen mit der Folge, daß Verbesserungen des Lebensstandards und reibungsloser Aufbau von Wirtschaft, Kultur und Landesverteidigung unmöglich werden. Es gebe keine andere Wahl: Kontrolle des Bevölkerungswachstums. Aufgrund der Einführung der Eigenverantwortlichkeitssysteme in der Landwirtschaft steige in einigen Gebieten die Geburtenziffer. Dem müsse ein Riegel vorgeschoben werden, und an dem System, die Ein-Kind-Familie zu belohnen und Zweit- und Mehrgeburten zu begrenzen, sei festzuhalten. Alle Menschen seien aufgerufen, die Bevölkerung bis zum Ende dieses Jahrhunderts in der 1,2-Milliardengrenze zu halten.

4. Langfristige wirtschaftliche Entwicklungsperspektiven

4.1. Der sechste Fünfjahresplan

Offensichtlich gibt es im Staatsrat immer noch Auseinandersetzungen über die konkrete Ausgestaltung des sechsten Fünfjahresplanes (1981-1985), denn auch auf dem vierten NVK konnte der Plan in seiner endgültigen Form noch nicht vorgestellt werden. Zur Erklärung hieß es, daß die Planerstellung wegen der weiteren Regulierung der Wirtschaft sowie wegen der Sorgfalt, die man bei dieser Arbeit anwenden wolle, noch nicht abgeschlossen werden konnte (28). Für die Regulierungsperiode würden fünf Jahre oder etwas länger benötigt. Während dieser Zeit sollten die Proportionen zwischen den volkswirtschaftlichen Sektoren und innerhalb dieser reguliert werden. Ferner sind die Industrie, die Produkte, die Technik, der Aufbau der Betriebe sowie deren Organisationsstruktur zu regulieren und zu reformieren.

Der bekannte Reformökonom Xue Muqiao listete fünf Punkte auf, um die Ausdehnung der ursprünglich nur auf drei Jahre befristeten Regulierungsperiode zu begründen (29):

1. Die Staatseinnahmen in diesem Jahre seien zwar grundsätzlich ausgeglichen, doch sei der Ausgleich nicht gefestigt.

2. Anstatt für neue Aufbauprojekte und für die Schwerindustrie zu produzieren, müsse die Maschinenbauindustrie sich darauf einstellen, die bestehenden Betriebe neu auszurüsten und auch Ausrüstungen für die Landwirtschaft und die Leichtindustrie zu liefern. Die Maschinenbauindustrie selbst müsse stärker konzentriert und reorganisiert werden. Eine solche Umstrukturierung könne unmöglich in ein oder zwei Jahren abgeschlossen werden. Außerdem würden die in der Energieindustrie getätigten Investitionen erst nach fünf oder sechs Jahren Wirkungen zeitigen.

3. Mehr als 300.000 Betriebe müßten reguliert und technisch umgestaltet werden; dies könne nur schrittweise geschehen.

4. Die Reform der Wirtschaftsverwaltung habe gerade erst begonnen und benötige mehr Zeit.

5. Die Festigung der Leitungsinstitutionen der Betriebe sowie die Verbesserung der ideologischen und politischen Arbeit bei Arbeitern und Angestellten nehme ebenfalls mehrere Jahre in Anspruch.

Immerhin nannte Zhao Ziyang für 1982 - dem zweiten Jahr des sechsten Fünfjahresplanes - die folgenden konkreten Zahlen (Tab.3)

Im Jahre 1982 ist also ein größeres Wachstum der Leicht- und Textilindustrie als im vorhergehenden Jahr vonnöten; auch die Produktion der Schwerindustrie muß ansteigen und darf nicht, wie im Jahre 1981, sinken.

Tabelle 3: Wachstumsraten 1982

prozentualer Anstieg gegenüber 1981	
Bruttoproduktionswert von Industrie und Landwirtschaft	4,0
Nationaleinkommen	ca. 4,0
Konsumtion	5,7
Einzelhandelsumsatz	8,0
Akkumulation	3,2
Investitionen (unmittelbar im Staats-haushalt geplant)	5,7
Bildung, Wissenschaft, Kultur, Gesundheitswesen, Sport und Körperkultur u.a.	5,9

Quelle: BRu, Nr.51, 22.12.1981, S.34 f.

4.2. Die Entwicklung bis zur Jahrhundertwende

Nach der Einschätzung des Ministerpräsidenten kann sich die Wirtschaft während des sechsten Fünfjahresplans wegen der durchzuführenden Regulierungsmaßnahmen unmöglich sehr schnell entwickeln. Erst während der Zeit des siebten Fünfjahresplans (1986-1990) wird das Entwicklungstempo höher - jedenfalls höher als während der Periode des sechsten Fünfjahresplans - liegen. Im darauf folgenden Jahrzehnt könne es sogar noch höher liegen. Es müßten alle Anstrengungen unternommen werden, damit der Bruttoproduktionswert von Industrie und Landwirtschaft sich innerhalb von 20 Jahren - also bis zur Jahrhundertwende - verdreifachen (30) könne.

Über den Terminus verdreifachen (chin.: fan liang fan) gab es auf dem Kongreß Verwirrung, als ein Delegierter, der bekannte Mathematiker Gu Chaochao, fragte, ob die Verdreifachung nun eine Zunahme um 300% oder 400% bedeute. Falls 400% gemeint sei, bedeute dies, daß der Bruttoproduktionswert in den ersten zehn Jahren zunächst durchschnittlich 6,7% jährlich und in den nächsten zehn Jahren 8% wachsen müsse. Die einen verstünden unter dem Terminus ein Wachstum um 100%, andere um 200%, wieder andere um 300% oder 400% (31). Wenn eine Verdreifachung bis zum Jahre 2000 angenommen wird, muß der Bruttoproduktionswert im Durchschnitt ca. 5,6% jährlich wachsen. Da in der Regulierungsphase nur mit geringen Wachstumsraten gerechnet werden kann, müßten die Steigerungsraten in der letzten Dekade dieses Jahrhunderts erheblich über den gegenwärtigen liegen. Die Wahl des Kriteriums "Bruttoproduktionswert", das im Vergleich etwa zum Nationaleinkommen pro Kopf wenig über den wirklichen Lebensstandard der Menschen aussagt, und die möglicherweise bewußt unklare Quantifizierung des Kriteriums lassen darauf schließen, daß der Ministerpräsident trotz des verbalen Optimismus die

längerfristige Entwicklung der Wirtschaft als sehr dornenreich ansieht.

5. Die neuen Gesetze

5.1. Das Gewinnbesteuerungsgesetz für ausländische Unternehmen

Nach langwierigen Vorbereitungen und mehrmaligen Änderungen wurde dem NVK der Gesetzentwurf über die Besteuerung der Gewinne ausländischer Unternehmen in der Volksrepublik China zugeleitet. Am 13. Dezember 1981 stimmte der NVK dem Gesetzentwurf zu und das Gesetz wurde am selben Tag aufgrund einer Anordnung von Ye Jianying, dem Vorsitzenden des Ständigen Komitees des NVK, verkündet. Es tritt am 1. Januar 1982 in Kraft.

Nach Artikel 2 des Gesetzes gilt als versteuerbares Einkommen das Einkommen eines Steuerjahres nach Abzug von Kosten, Aufwendungen und Betriebsverlusten in demselben Jahr (32). Die Steuer steigt progressiv an und wird in fünf Stufen erhoben (Art.3):

Tabelle 4: Gewinnsteuersätze

versteuerbares Einkommen: Basissteuersätze in %	
bis 250.000 Yuan	20
250.000-500.000 Yuan	25
500.000-750.000 Yuan	30
750.000-1.000.000 Yuan	35
über 1.000.000 Yuan	40

Nach Angaben des Allgemeinen Steueramtes des Finanzministeriums wird die Steuer konkret nach folgender Methode berechnet (32a). Für jede Einkommenstufe wird die Steuer separat berechnet und dann aggregiert. Für ein steuerbares Einkommen von 500.000 Yuan bedeutet das, daß zunächst die ersten 250.000 Yuan mit dem Satz der niedrigsten Steuerrate 20% berechnet werden (=50.000 Yuan). Die nächsten 250.000 Yuan werden dann mit 25% (=62.500 Yuan) berechnet, so daß der effektiv für einen Gewinn von 500.000 Yuan zu zahlende Steuersatz 22,5% beträgt. In der Praxis wird die Steuer nach der folgenden Formel festgesetzt werden:

St: Steuer
 stE: steuerbares Einkommen
 Sts: Steuersatz
 A: Abzug

$$St = stE \times Sts \cdot A$$

Die in der Formel genannte Größe "Abzug" wird nach Angaben des Allgemeinen Steueramtes von den Steuerbehörden noch ausgearbeitet werden. Versuchsweise Berechnungen haben gezeigt, daß große Ölunternehmen, deren Jahresgewinn 10 Mio. Yuan übersteigt, mit einem Steuersatz von bis zu 48,75% zu rechnen haben (32b). Unternehmen, die an gemeinsam mit chinesischen Firmen betriebenen Geschäften in den Provinzen Guangdong, Fujian usw. beteiligt sind und deren durchschnittliche Gewinne weni-

ger als eine halbe Million Yuan betragen, werden mit einem Satz zwischen 30% und 32,5% besteuert.

Zusätzlich zu der Basissteuer wird von den Volksregierungen der Provinzen, regierungsunmittelbaren Städte und Autonomen Regionen eine örtliche Steuer von 10% auf das versteuerbare Einkommen erhoben. Allerdings kann der örtliche Aufschlag von 10% von den betreffenden Behörden reduziert oder ganz erlassen werden, wenn das zu versteuernde Unternehmen einen geringen Geschäftsumfang oder eine niedrige Gewinnrate aufweist.

Von ausländischen Experten werden die hohen Steuersätze vor allem mit der Absicht Chinas begründet, in dem jetzt in größerem Umfang anlaufenden Erdölgeschäft den größtmöglichen Devisenertrag hereinzuholen. 26 der 46 an den Ausschreibungen für Offshore-Öl-Förderrechte teilnehmenden Unternehmen sind in den USA beheimatet, wo Einkommensteuern bis zu 46% erhoben werden (33). Eine andere Interpretation der hohen Steuersätze läuft darauf hinaus, daß sie die Gründung von Joint Ventures begünstigen, eine Unternehmensform, die nur mit maximal ca. 33% besteuert wird, doch bislang wegen anderer Schwierigkeiten vor allem bei der Regelung von Eigentumsrechten und Organisationsfragen nicht sehr zahlreich angewendet wird. Auch die Wirtschaftssonderzonen, in denen der Steuersatz für manche Unternehmen nur ca. 15% beträgt, werden vergleichsweise attraktiver. Unternehmen, die sich zehn Jahre oder länger auf dem Gebiet der Land- und Forstwirtschaft oder der Viehzucht betätigen oder sich mit Geschäften befassen, die geringen Gewinn abwerfen, sollen laut Artikel 5 im ersten Jahr der Geschäftstätigkeit von der Steuer befreit werden können. Im zweiten und dritten Jahr kann eine Steuerermäßigung um 50% gewährt werden. Nach dem dritten Jahr soll - für eine Periode von zehn Jahren - eine Steuerermäßigung zwischen 15 und 30% gewährt werden können.

Die Artikel 6 bis 10 regeln die Möglichkeit des Verlustvortrages, die Modalitäten der Steuerzahlung, -festsetzung und -prüfung sowie die Registrierung bei den Steuerbehörden.

Auf Einkommen aus Dividenden, Zinsen, Mieterträgen etc. von ausländischen Unternehmen, die keine Niederlassungen in China haben, wird eine Steuer von 20% erhoben. Die Besteuerung wird auf dem Wege der Einbehaltung vorgenommen (Artikel 11). Gerade Artikel 11 macht deutlich, daß ausführliche Vorschriften und Durchführungsbestimmungen zu dem vorliegenden Steuergesetz, wie in Artikel 18 vorgesehen, dringend geboten sind, denn wesentliche Aspekte der Unternehmensbesteuerung sind nur teilweise oder überhaupt nicht geregelt worden. Bislang ist ungeklärt, wie beispielsweise ein steuerpflichtiger Gewinn von Niederlassungen ausländischer Unternehmen, die in Form von Repräsentanzen oder Verbindungsbüros nur vermittelnd und beratend ohne konkrete Umsatz- oder Abschlußtätigkeit in China tätig sind, konstruiert oder ermittelt wird. Geschäftskreise in Hongkong halten es

für möglich, daß der Gesetzgeber diesen Bereich bewußt unregelt gelassen hat, um die Reaktion der unter das Gesetz fallenden China-Niederlassungen abzuwarten (34).

Die Regelungen der Absätze 2 und 3 des Artikels 11 könnten ausländische Banken, die Kredite zu marktüblichen Zinssätzen vergeben, mittels der vorgesehenen Besteuerung bestrafen. Zinseinkommen aus Krediten internationaler Finanzorganisationen oder aus Krediten mit Vorzugszinsen bleiben steuerfrei, Zinseinkommen aus Krediten mit normalen Marktzinssätzen werden besteuert. Steuerbefreiung gilt jedoch für diejenigen ausländischen Banken, in deren Ländern Zinseinkommen aus Depositen oder Krediten der chinesischen Staatsbank von der Einkommensteuer befreit sind.

Da die in Artikel 18 angekündigten Einzelregelungen und Durchführungsverordnungen noch nicht vorliegen, kann eine umfassendere Evaluierung des Gesetzes im gegenwärtigen Zeitpunkt noch nicht durchgeführt werden. Von der chinesischen Seite wird das Gesetz als rechtliche Basis für noch abzuschließende Doppelbesteuerungsabkommen mit anderen Ländern angesehen (35).

5.2 Das Gesetz über Wirtschaftsverträge

Das Gesetz über Wirtschaftsverträge zielt insbesondere darauf ab (Artikel 1), die Rechte und Interessen der vertragschließenden Parteien zu schützen, die soziale und wirtschaftliche Ordnung zu sichern, die wirtschaftliche Wohlfahrt zu verbessern, die Durchführung der Staatspläne zu garantieren und die Entwicklung des sozialistischen Modernisierungsprogramms zu fördern (36). Das Gesetz ist in sieben Kapitel unterteilt und umfaßt insgesamt 57 Artikel.

Im Kapitel 1 werden die allgemeinen Prinzipien des Gesetzes niedergelegt. Artikel 2 enthält eine Legaldefinition eines Wirtschaftsvertrages. Danach ist ein Wirtschaftsvertrag eine Vereinbarung zwischen juristischen Personen (fa ren) zur Erreichung eines bestimmten wirtschaftlichen Zweckes und zur Festlegung der gegenseitigen Rechte und Pflichten.

Das Gesetz gilt für alle Verträge über den Kauf und Verkauf von Gütern, über Aufbauprojekte, Weiterverarbeitungsgeschäfte, Gütertransport, Lieferung und Verbrauch von Elektrizität, Lagerung, Eigentumsleasing, Kredite, Versicherungen von Eigentum sowie wissenschaftliche und technische Zusammenarbeit. Das Gesetz behandelt die Vertragstypen jeweils einzeln unter verschiedenen Gesichtspunkten. Kapitel 2 regelt die Abfassung und Erfüllung der Verträge. Kapitel 3 hat die Änderung oder Aufhebung der Verträge zum Inhalt, während in Kapitel 4 die im Falle eines Vertragsbruchs zu übernehmenden Verantwortlichkeiten bestimmt werden. Kapitel 5 enthält Regelungen über Vermittlung und Schiedsgerichtsverfahren. Im Kapitel 6 sind die Regelungen über die Überwachung und Kontrolle der Wirtschaftsverträge zusammengefaßt. Das abschließende Kapitel 7 enthält zusätzliche Artikel, deren letzter

- Artikel 57 - bestimmt, daß das Gesetz am 1. Juli 1982 in Kraft treten wird.

Entsprechend dem in Ostasien verbreiteten Konsensprinzip sollen Streitfälle durch Konsultationen beigelegt werden (Art. 48). Falls eine Konsultation zu keiner Einigung führt, kann jede Vertragspartei eine Schlichtung oder Vermittlung durch die zuständigen Stellen verlangen oder ein Volksgericht anrufen. Individuen, die unmittelbar für größere und bedeutendere Verluste - verursacht durch Vergehen, Pflichtversäumnisse oder Gesetzübertretungen - verantwortlich sind, müssen die wirtschaftliche oder administrative Verantwortung übernehmen oder sich sogar für ein kriminelles Vergehen verantworten (Art. 53).

5.3 Die Zivilprozeßordnung

Der NVK hat im Prinzip auch den Entwurf der Zivilprozeßordnung angenommen. Der Ständige Ausschuß des NVK wurde beauftragt, den Entwurf zu überprüfen, gegebenenfalls abzuändern und versuchsweise in Kraft zu setzen.

Wie Yang Shangkun, der stellvertretende Vorsitzende und Generalsekretär des Ständigen Ausschusses des NVK, dem Kongreß mitteilte, wird die Zivilprozeßordnung die Durchsetzung aller zivilen sowie der Wirtschafts- und der relevanten Verwaltungsgesetze sicherstellen (37).

Das Gesetz besteht aus 24 Kapiteln in vier Teilen, nämlich allgemeiner Teil, Verfahrensrecht, Vollzugsrecht sowie Sondervorschriften für Zivilverfahren, in denen Ausländer, Unternehmen und Organisationen verwickelt sind. In das Gesetz eingearbeitet wurden Systeme und Verfahren, die sich in den letzten Jahren als wirkungsvoll erwiesen haben. Gleichzeitig wurde die neue Lage, die sich im Verlaufe der Modernisierungsbemühungen herausgebildet hat, in die Gesetzgebungsarbeit einbezogen.

Als Beispiel für die positiven Wirkungen des Gesetzentwurfs nannte Tao Xijin, der stellvertretende Vorsitzende der Gesetzgebungskommission des Ständigen Ausschusses des NVK, den Beijinger Bezirk Chaoyang, wo der Volksgerichtshof bereits nach dem neuen Gesetzentwurf verfuhr (38). Von August 1980 bis Februar 1981 wurde keiner der insgesamt 246 Zivilrechtsfälle in die Berufungsinstanz zurückverwiesen. Nur in wenigen Fällen wurden die Urteile teilweise geändert. Im Jahre 1979, als noch nicht nach den neuen Vorschriften Recht gesprochen wurde, mußten sechs Fälle zur Neuverhandlung an das Volksgericht zurückverwiesen werden.

Die Lösung von zivilen Rechtsstreitigkeiten durch Schlichtung hat eine lange Tradition in China. Nach Tao Xijin wird die absolute Mehrheit der Zivilrechtsfälle nicht durch Prozesse in den Gerichten gelöst, sondern durch die bewährte Arbeit der Schlichtungskomitees in den Basiseinheiten. Der nun vorliegende Gesetzentwurf spezifiziert den rechtlichen Status der Volksschlichtungsausschüsse und sieht vor, daß die Gerichte

die Arbeit dieser Ausschüsse leiten und überwachen sollen.

Unter Berücksichtigung der Tatsache, daß China ein Vielnationalenstaat ist, sieht der Gesetzentwurf vor, daß die Volkskongresse und deren Ständige Ausschüsse in den Autonomen Regionen alternative oder ergänzende Regelungen entsprechend den örtlichen Bedingungen erlassen können, die in Übereinstimmung mit der Verfassung sowie der neuen Zivilprozeßordnung stehen.

Der Gesetzentwurf enthält Sondervorschriften als Leitlinien für die Volksgerichte und Prozeßparteien in Zivilprozessen, an denen Ausländer, Unternehmen und Organisationen beteiligt sind. Das Ziel ist, den freundschaftlichen Austausch zwischen dem chinesischen Volk und anderen Ländern zu erleichtern.

Nach Angaben Yang Shangkuns begann die Vorbereitung des Gesetzentwurfs bereits im Jahre 1979 (39). Aufgrund der schwierigen Materie habe der Ständige Ausschuß vorgeschlagen, daß der NVK den Entwurf nach Beratungen an den Ständigen Ausschuß zurückverweist. Während der versuchsweisen Einführung des Gesetzes könnten Erfahrungen und Meinungen gesammelt werden, und auf dieser Basis könne der Entwurf wieder revidiert und erneut dem NVK zur Prüfung und Verabschiedung vorgelegt werden.

6.1. Die Frage der Verfassungsänderung

Bereits vor Beginn der vierten Tagung des V.NVK - am 27.11.1981 - erschien in der Volkszeitung ein Artikel, der die Verfassung von 1978 als veraltet bezeichnete. Eine vollständige Revision sei nötig. In der Präambel der Verfassung von 1978 ist noch von der "großen proletarischen Kulturrevolution" die Rede. Auch aus diesem Grunde seien in ihr - so die Volkszeitung - Vorschriften enthalten, die bereits veraltete politische Theorien widerspiegeln und nicht mit der objektiven Realität in Einklang ständen. Die Arbeit an der Verfassung sei zu hastig vorangegangen; viele Vorschriften seien nicht hinreichend klar und konkret.

Der Ständige Ausschuß des NVK entschied, die Vorlage des neuen Verfassungsentwurfs zu verschieben; der neue Entwurf soll erst der im Jahre 1982 stattfindenden nächsten Tagung des NVK vorgelegt werden (40). Die Verschiebung wurde von Peng Zhen, dem stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für die Abänderung der Verfassung, mittels einer schriftlichen Erklärung begründet (41). Danach ist die Abänderung der Verfassung eine wichtige Aufgabe, die eine ganze Menge komplizierter Probleme aus verschiedenen Bereichen enthält, viele Untersuchungen und Studien erfordert sowie die Einholung von Meinungen aus den verschiedensten Kreisen der Bevölkerung. Da China eine strukturelle Reform durchführe, müßten einige wichtige Probleme in der Praxis studiert und angefaßt werden.

Hinter der Erklärung Peng Zhens

verbirgt sich indes nur die Tatsache, daß man sich über wichtige zu regelnde Probleme bislang noch nicht einig geworden ist. Eines dieser Probleme ist der Posten des Staatspräsidenten. Die in Shanghai herausgegebene Zeitschrift "Minzhu yu fazhi" (Demokratie und Rechtssystem) veröffentlichte Artikel mit unterschiedlichen Meinungen; der bekannte Rechtsexperte Zhang Youyu trat für die Installierung eines Staatspräsidenten ein (42). Die Gruppe um Deng Xiaoping favorisiert die Einsetzung eines Staatspräsidenten im Sinne der Verfassung von 1954; im übrigen werden die fünfziger Jahre von der Deng-Gruppe als die goldenen Jahre des sozialistischen Aufbaus angesehen (43). Deng Xiaoping erklärte schon im September vor japanischen Besuchern, daß China das Amt des Staatspräsidenten wieder einführen wolle. Er selbst jedoch strebe dieses Amt nicht an (44). Eine Gruppe, die sich um Ye Jianying, den Vorsitzenden des Ständigen Ausschusses des NVK, kristallisiert, neigt mit großer Wahrscheinlichkeit mehr dem System der kollektiven Führerschaft zu. Durch die Einsetzung eines Staatspräsidenten würde nämlich Ye Jianyings de facto-Funktion als Staatspräsident erheblich geschmälert.

Eine weitere Frage, deren Regelung Hinweise auf den Ausgang der innerpolitischen Auseinandersetzungen geben könnte, ist die Postulierung der ideologischen Leitlinie. Werden die Prinzipien des "Marxismus-Leninismus" zusammen mit den "Mao-Zedongideen" genannt werden oder wird man auf letztere verzichten?

6.2. Die Berichte der Obersten Volksstaatsanwaltschaft und des Obersten Volksgerichtshofs

Am 7.12.1981 erstattete Huang Huoping, der oberste Staatsanwalt, vor dem NVK Bericht über die Tätigkeit seiner Behörde, der Obersten Volksstaatsanwaltschaft (45). Nach statistischen Angaben waren die staatsanwaltschaftlichen Organe auf den verschiedenen Ebenen von Januar bis September 1981 in 31.000 Kriminalfällen tätig geworden, die sich auf den wirtschaftlichen Bereich bezogen. Mehr als 16.000 Fälle aus anderen Bereichen wurden behandelt. Von den in der genannten Periode festgenommenen und verfolgten Verdächtigen wurden 99,7% von den Gerichten verurteilt. Offensichtlich gab es unter den Kriminellen, denen beispielsweise Sabotageaktivitäten angelastet wurden, noch eine Reihe von politisch motivierten Tätern. Huang erwähnte ausdrücklich die Überbleibsel der Kräfte um Lin Biao und die "Vierbande".

Als Problem der Staatsanwaltschaften nennt Huang die unzureichende Ausbildung des Personals. Deshalb müsse alles daran gesetzt werden, die Qualifikationen der Staatsanwälte zu verbessern, damit sie den Erfordernissen der neuen Situation gewachsen seien.

Für den Obersten Volksgerichtshof erstattete dessen Präsident Jiang Hua dem NVK am 7.12.1981 Bericht (46). Zunächst einmal stellte er fest, daß es wenige Fälle von Konterrevolution gebe. Die Volksgerichtshöfe auf den verschiedenen Ebenen hätten sich auf

die Kapitalkriminalität, wie z.B. Mord, Raub, Vergewaltigung, Sprengstoffanschläge und Brandstiftung, konzentriert. Von Oktober 1980 bis September 1981 seien 39.000 solcher Fälle verhandelt worden. Zusätzlich habe es eine große Anzahl von Schmuggel- und Spekulationsfällen gegeben sowie eine große Anzahl von Fällen, die die sozialistische Wirtschaftsordnung gestört hätten.

Im Zivilrechtsbereich wurden nach Jiang von Oktober 1980 bis September 1981 von den Gerichten aller Ebenen mehr als 632.000 Fälle in der ersten Instanz behandelt. Davon betrafen 365.000 Fälle Ehe- und Familienstreitigkeiten, 267.000 betrafen Eigentumsangelegenheiten. In der zweiten Instanz wurden 40.000 Fälle behandelt. Vor das Oberste Volksgericht kamen 21 Zivilrechtsfälle, sowohl Berufungen als auch Wiederaufnahmeverfahren. Es waren hohe Steigerungsraten zu verzeichnen. Die Zahl der Zivilrechtsfälle stieg 1979 im Vergleich zum Vorjahr um 29,6%. Im Jahr 1980 betrug der Anstieg gegenüber 1979 45%, und in der ersten Hälfte des Jahres 1981 stieg die Zahl der Fälle im Vergleich zur entsprechenden Vorjahresperiode noch einmal um 27%. Einen auffälligen Anstieg gab es in Ehe- und Familiensachen, Erbschaftsfällen sowie Fällen, die sich auf Häuser und Grundstücke bezogen. Hinzu kamen einige neue Tatbestände, die es in der Vergangenheit nicht gegeben hatte, wie z.B. die Nichterfüllung von Verträgen oder Streitigkeiten in bezug auf Bergland- und Forst-Ressourcen.

Für den Bereich der Wirtschaft wurden eigene Wirtschaftsgerichte bzw. -kammern errichtet. Bis zum Zeitpunkt der Berichterstattung waren insgesamt 293 solcher Gerichte oder Kammern eingerichtet worden, in denen mehr als 1.900 Kader arbeiteten. Von den letzteren hatten 600 eine kurzfristige Ausbildung erhalten. Um die im Bereich des Eisenbahntransports anfallenden Straftaten verfolgen zu können, sind bereits einige Eisenbahntransportgerichte eingerichtet worden; für den Bereich des Wassertransports sollen ähnliche Gerichte folgen.

6.3. Personelle Veränderungen

Während in den Ständigen Ausschüß der Politischen Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes, die gleichzeitig mit dem NKK tagte, 19 neue Mitglieder gewählt wurden (47), gab es beim Ständigen Ausschüß des NVK nur eine Neuwahl. Zu einem der Vizepräsidenten des Ständigen Ausschusses wurde Zhu Xuefan aus der Provinz Zhejiang gewählt (48). Er ist 76 Jahre alt und gleichzeitig unter anderem stellvertretender Vorsitzender des Revolutionskomitees der Chinesischen Guomindang und stellvertretender Präsident des Allchinesischen Gewerkschaftsbundes. Er stammt aus der Gewerkschaftsbewegung und war vor 1949 Mitglied des Vorstandes der Internationalen Arbeitsorganisation (IAO) in Genf.

7. Abschließende Bemerkungen

Die Ergebnisse der vierten Tagung des V.NVK zeigen, daß sich die chi-

nesische Führung offenbar noch nicht einig ist sowohl über Ziel als auch Methoden der chinesischen Wirtschaftspolitik. Die Hinauszögerung der Verfassungsänderung könnte bedeuten, daß man sich nicht nur nicht über die künftige ideologische Leitlinie nicht einig ist, sondern auch über eine gültige Beschreibung der Lage, wie sie sich nach mehr als drei Jahren nach Ingangsetzung der mit den "vier Modernisierungen" umschriebenen Reformbewegung darstellt. Anders als Verfassungen westlichen Charakters dient ja die chinesische Verfassung immer dazu, vorwiegend das jeweils Erreichte festzuschreiben; insofern hat sie ausgesprochenen ex post facto-Charakter.

Die Mittel der Wirtschaftspolitik scheinen nach wie vor umstritten zu sein. Selbst im zweiten Jahr des sechsten Fünfjahresplans wird noch immer an dessen detaillierter Ausarbeitung gearbeitet. Eine abermalige Umorientierung zugunsten der Schwerindustrie in der zweiten Hälfte des Jahres 1981 zeigt, daß entweder die Schweregewichtsverlagerung zugunsten von Landwirtschaft und Leichtindustrie nicht präzise genug durchgeplant war oder daß es aus dem Kreis der Führungskader der Schwerindustrie sowie des Militärs Widerstand gegeben hat. Recht klar erkannt zu haben scheint man in der Führung indes die gravierenden Folgen, die aus einem Haushaltsdefizit entstehen können. Xue Muqiao nannte ausdrücklich das Defizit als einen der Gründe für die Verlängerung der Regulierungsperiode bis etwa 1986. Hohe Defizite im Staatshaushalt können alle anderen Umstrukturierungs- und Reformmaßnahmen zunichte machen. Die Verringerung des Defizits auf 2,72 Mrd. Yuan i.J. 1981 (1980: 12,75 Mrd. Yuan) ist wirtschaftspolitisch konsequent und kann als Erfolg gewertet werden. Welche Auswirkungen das geringere Defizit auf die Inflation gehabt hat, kann mangels detaillierten Zahlenmaterials noch nicht ausgemacht werden.

Das von Zhao Ziyang recht vage postulierte einzige quantitative langfristige Ziel der Wirtschaftsentwicklung - die Verdreifachung des Bruttoproduktwertes von Industrie und Landwirtschaft bis zur Jahrhundertwende -, per se schon eine nicht sehr aussagekräftige Kennzahl, verwendet als Referenzgröße nur noch die chinesische Volkswirtschaft selbst und sieht davon ab, sich - wie zu Zhou Enlais Zeiten - mit den fortgeschrittenen Volkswirtschaften der Welt zu messen. Immerhin kann dies als eine nüchterne Hinwendung auf das wirklich Erreichbare interpretiert werden.

Anmerkungen:

- 1) Vgl. dazu Rüdiger Machetzki, Dritte Tagung des V.Nationalen Volkskongresses: Stimmen zu Problemen der Wirtschaftsentwicklung in China 1978-1980, C.a., Oktober 1980, S.882-886.
- 2) Vgl. den programmatische Titel "Die gegenwärtige Wirtschaftslage und die Richtlinien für den künftigen Wirtschaftsaufbau" des am 30. November und 1. Dezember 1981 erstatteten Be-

1981年12月17日 星期四 第二版

richts von Ministerpräsident Zhao Ziyang über die Tätigkeit der Regierung, abgedruckt in: FRU, Nr.51, 22.12.81, S.6-39.

- 3) Vgl. FRU, Nr.49, 8.12.1981, S.5.
- 4) Vgl. FRU, "Die gegenwärtige Wirtschaftslage...", a.a.O., S.12.
- 5) Ebenda, S.12.
- 6) Vgl. ebenda, S.13.
- 6a) Vgl. XNA, 11.1.1982.
- 7) Vgl. ebenda, S.9.
- 8) Vgl. C.a., Oktober 1981, Ü 34.
- 9) Vgl. "Die gegenwärtige Wirtschaftslage...", S.8 f.
- 10) Vgl. ebenda, S.10.
- 11) Vgl. XNA, 15.12.1981.
- 12) Vgl. ebenda.
- 13) Vgl. XNA, 30.11.1981.
- 14) Vgl. "Die gegenwärtige Wirtschaftslage...", S.10.
- 15) Vgl. für alle Angaben über die Staatsfinanzen XNA, 15.12.1981.
- 16) Vgl. dazu ausführlicher Erhard Louven, Anmerkungen zu Chines Finanzstatistik, C.a., August 1981, S.504.
- 17) Vgl. XNA, 15.12.1981.
- 18) Vgl. ebenda.
- 19) Vgl. Wen Wei Po, Hongkong, 15.12.1981, zit. nach SWB, 19.12.1981.
- 20) Vgl. NNA, 8.12.1981, zit. nach SWB, 19.12.1981.
- 21) Vgl. NNA, 10.12.1981, zit. nach SWB, 19.12.1981.
- 22) Vgl. NNA, 8.12.1981, zit. nach SWB, 8.12.1981.
- 23) Vgl. NNA, 15.12.1981, zit. nach SWB, 19.12.1981.
- 24) Vgl. "Die gegenwärtige Wirtschaftslage...", S.11 f.
- 25) Vgl. auch im folgenden ebenda, S.14 ff.
- 25a) Vgl. XNA, 8.12.1981.
- 26) Vgl. dazu auch C.a., November 1981, Ü 37.
- 27) Vgl. dazu Rüdiger Machetzki, a.a.O.
- 28) Vgl. "Die gegenwärtige Wirtschaftslage...", S.32.
- 29) Vgl. XNA, 3.12.1981.
- 30) Hervorhebung von Autor, E.L.
- 31) Vgl. Xin Wen Bao, Hongkong, 9.12.1981, zit. nach SWB, 17.12.1981.
- 32) Vgl. dazu die "Tentative Translation" des chinesischen Textes ins Englische bei XNA, 16.12.1981, und den chinesischen Text in GEN, 21.12.1981, S.13 f., sowie in Zhongguo Fazhi Bao, 25.12.1981.
- 32a) Vgl. NNA, 17.12.81, zit.n.SWB, 23.12.81.
- 32b) Vgl. NNA, 7.12.1981, zit. nach SWB, 8.12.1981.
- 33) Vgl. SZ, 9.12.1981; Financial Times, 9.12.1981.
- 34) Vgl. NEA, 21.12.1981.
- 35) Vgl. NNA, 7.12.1981, zit. nach SWB, 8.12.1981.
- 36) Vgl. auch im folgenden XNA, 7.12.1981, sowie für die englische Übersetzung des Gesetzes NNA, 16.12.1981, zit. nach SWB, 30.12.1981. Vgl. ferner die in diesem Heft unter dem Titel: Die Magna Charta des chinesischen Binnenwirtschaftsrechts: Das neue "Gesetz über Wirtschaftsverträge" vorgelegte deutsche Übersetzung von Oskar Weggel.
- 37) Vgl. auch im folgenden XNA, 7.12.1981.
- 38) Vgl. NNA, 12.12.1981, zit. nach SWB, 24.12.1981.
- 39) Vgl. XNA, 7.12.1981.
- 40) Vgl. BMB, 27.11.1981.
- 41) Vgl. NNA, 2.12.1981, zit. nach SWB, 8.12.1981.
- 42) Vgl. ebenda.
- 43) Vgl. David Bonavia, Lure of a Golden Age, in: FEER, Dec.18, 1981, S.9.
- 44) Vgl. JT, 28.11.1981.
- 45) Vgl. NNA, 14.12.1981, zit. nach SWB, 24.12.1981.
- 46) Vgl. NNA, 15.12.1981, zit. nach SWB, 24.12.1981.
- 47) Vgl. XNA, 15.12.1981.
- 48) Vgl. NNA, 13.12.1981, zit. nach SWB, 14.12.1981.

全国人民代表大会常务委员会委员长令

第十二号

中华人民共和国第五届全国人民代表大会第四次会议于1981年12月13日通过了《中华人民共和国合同法》，现予公布，自1982年7月1日起施行。

中华人民共和国全国人民代表大会常务委员会委员长 叶剑英

1981年12月13日

中华人民共和国合同法

(一九八一年十二月十三日第五届全国人民代表大会第四次会议通过)

Die Magna Charta des chinesischen Binnenwirtschaftsrechts:

Das neue "Gesetz über Wirtschaftsverträge"

übersetzt und mit einer kurzen Anmerkung versehen von Oskar Weggel

A. Das Gesetz über Wirtschaftsverträge (fortan WVe) beschlossen am 13.12.1981 bei der 4.Tagung des V.Nationalen Volkskongresses

Gliederung:

- Kap.I: Allgemeine Vorschriften (§§1-8)
- Kap.II: Abschluß und Erfüllung von WVen (§§9-26)
- Kap.III: Änderung und Aufhebung von WVen (§§27-31)
- Kap.IV: Verantwortlichkeit beim Bruch von WVen (§§32-47)
- Kap.V: Schlichtung und Arbitrage bei Streitigkeiten über WVe (§§48-50)
- Kap.VI: Die Überwachung von WVen (§§51-53)
- Kap.VII: Ergänzende Vorschriften (§§54-57)

Kap.I: Allgemeine Vorschriften

第一章 总则

§1

Das vorliegende Gesetz wurde zum Schutz der legalen Rechte und Interessen der Parteien eines Wirtschaftsvertrags, zur Aufrechterhaltung der gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Ordnung, zur Mehrung des wirtschaftlichen Nutzens, zur Vollzugssicherung für die staatlichen Wirtschaftspläne und zum Zweck der Förderung der sozialistischen Modernisierung erlassen.

第一条 为了保护经济合同当事人的合法权益,维护社会经济秩序,提高经济效益,保证国家计划的执行,促进社会主义现代化建设的发展,特制定本法。

§2

Wirtschaftsverträge sind Abkommen zwischen juristischen Personen, durch die ein wirtschaftliches Ziel verwirklicht und die gegenseitigen Rechte und Pflichten genau festgelegt werden sollen.

第二条 经济合同是法人之间为实现一定经济目的,明确相互权利义务关系的协议。

§3

WVe bedürfen der Schriftform, es sei denn, daß es sich um Augenblicksgeschäfte handelt. Soweit die Parteien darüber Einvernehmen erzielen, sind auch Dokumente über die Änderung des Vertrags, Telegramme und graphische Darstellungen Bestandteile des Vertrags.

第三条 经济合同,除即时清结者外,应当采用书面形式。当事人协商同意的有关修改合同的文书、电报和图表,也是合同的组成部分。

§4

Beim Abschluß von WVen sind die staatlichen Gesetze einzuhalten und die Anforderungen der staatlichen Politik sowie der staatlichen Wirtschaftspläne zu berücksichtigen. Keiner Einheit und keiner Einzelperson ist es gestattet, unter Ausnutzung